

Medienspiegel Woche 16 / 2016



Erstsprache / Fremdsprachen / Gymnasium / Uni / Hochschulreife St. Galler Tagblatt, 15. April 2016 Fokus muss auf der Erstsprache liegen	1
Eltern / Noten / Lätzsch Lilo / Zemp Beat 20 Minuten, 15. April 2016 Kinder von Motz-Eltern kriegen bessere Noten	2
Fremdsprachen / Abbau / Zürich Tages-Anzeiger, 19. April 2016 Der schleichende Abbau von Französisch	3
HarmoS / EDK / Solothurn soaktuell, 19.4.2016 Lehrplan 21 hält nicht, was er verspricht	5
Graubünden / Veranstaltung / Pichard Alain / Kissling Beat / Kalberer Urs / Initiativen Schule Schweiz, 21. April 2016 Offene Diskussion und Nachdenken gefordert	6
Prättigauer und Herrschäftler, 21. April 2016 Endlich eine öffentliche Diskussion über den Lehrplan 21	7
Starke Schule Baselland / Initiative / Sammelfächer / Kompetenzorientierung Basellandschaftliche Zeitung, 21.4.2016 Schulreformgegner starten Grossangriff gegen Lehrplan 21	8
Guggenbühl Allan / Mitarbeiterbeteiligung / New Public Management / Basler Zeitung, 22.04.2016 Eure Meinung ist uns wichtig	10
Integrativer Unterricht / Bildungsbürokratie / Agitation / Bürokratisierung Bildungs-Kompass, 22. April 2016 Newsletter	11
Amstutz Hanspeter / Zürich / Vernehmlassung / Steiner Silvia Schule Schweiz, 21. April 2016 Überfüllte Lektionentafeln	13
NZZ, 23.4.2016 Schwer verdaulicher Zürcher Lehrplan	15
St. Gallen / Starke Volksschule / Kantonsrat / HarmoS / Austritt / Herzog Heinz Tagblatt, 20. April 2016 Keine Schule von Bürokraten	16
Starke Volksschule St. Gallen 19.4.2016 Medienmitteilung	17
Tagblatt, 23. April 2016 Und bekämpft wird der Lehrplan	18
Facebook / Freunde facebook, 17. April 2016 Making friends outside of Facebook	20

St. Galler Tagblatt, 15. April 2016

Fokus muss auf der Erstsprache liegen

Jeder fünfte angehende Lehrer muss in die Deutsch-Nachhilfe. Ausgabe vom 29. September 2013. Kantone ziehen die Schraube an Ausgabe vom 7. April 2016

Das Thema der mangelnden Deutsch- und Mathekenntnisse ist nicht neu. Schon im September 2013 machte die Pädagogische Hochschule auf den Missstand aufmerksam: Jeder fünfte angehende Lehrer müsse in die Deutsch-Nachhilfe, und auch auf dem Sek-Niveau hapere es. Dann stellte Experte Michael Winterhoff fest, dass fast jeder zweite Schulabgänger nicht arbeitsfähig ist und dass an 80 Prozent der Kinder die Bildung vorbeigeht. Jetzt reklamieren die Unis, und der Kanton will endlich die Schraube anziehen. Fragt sich nur, welche Schraube und wo. Anlass zu bedenken gibt, dass fast die Hälfte der Gymnasiasten ungenügend in der Erstsprache ist. Ich staune zudem, wenn ich lese, dass Maturanden bis Ende Mittelschulzeit Bruchrechnen und den Satz des Pythagoras beherrschen sollen oder «... argumentativ ... Texte formulieren können». Das genügt aber nicht für ein Studium. Der Grundstein für die neuesten Reklamationen von Seiten der Unis wird in der Primarschule gelegt. Zukünftig sollen Kinder selbstorganisiert lernen. Eine weitere Katastrophe bahnt sich an. Die Lehrperson wird zum Lernbegleiter. Unsere Schule ist längst zum Experimentierfeld erster Güte verkommen. Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen! Sie sind aber leistungsbereit. Die Schüler verlieren nicht das Interesse, wenn sie gefordert werden. Diejenigen, die «abhängen», tun dies sowieso. Anstatt Kinder im Englischunterricht zu befähigen, in den Ferien selbständig einen Hamburger kaufen zu können, muss der Fokus unbedingt auf das Erlernen der Erstsprache gelegt werden, und dazu gehört unbedingt Grammatik. Wir können es uns nicht leisten, Geld und Zeit im Fremdsprachenunterricht auf der Primarschule so zu verpuffen. Bis zur Gymistufe muss Grammatik in Erstsprache erlernt sein. Die zukünftigen Studentinnen und Studenten müssen befähigt werden, anspruchsvolle Fachliteratur im Studium alleine zu bewältigen.

Anita Mannhart
Haselstr. 20, 9014 St. Gallen

20 Minuten, 15. April 2016

Kinder von Motz-Eltern kriegen bessere Noten

Eltern setzen Lehrer vermehrt unter Druck. Um sich keine Probleme aufzuhalten, geben Lehrer mit höheren Noten oft klein bei.

Schafft es der Schüler nicht, soll es der Lehrer richten: Insbesondere «Helikopter-Eltern» wollen, dass in den Zeugnissen ihrer Sprösslinge nur gute Noten stehen.

von B. Zanni

Schulleistungen zu benoten, ist für Schweizer Lehrer oft eine Zitterpartie. Eltern wollen bei Prüfungs- und Zeugnisnoten vermehrt das letzte Wort haben. Eine Primarlehrerin gesteht in der Zeitschrift «Bildung Schweiz»: «Manchmal benote ich das Kind weniger streng, einfach, um meine Ruhe zu haben.» In Ruhe gelassen werden will sie von einem Elternpaar, das ihr den Berufsalltag zur Hölle macht. «Sie schauen mir genau auf die Finger, überprüfen die Lernziele, fragen nach Belegen für dies und jenes.» Lilo Lätzsch, Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands, bestätigt: «Aus Angst vor einem grossen Elternknatsch machen Lehrer aus einer 4 eine 4,5 oder aus einer 4,5 eine 5.» Für die Lehrer sei es schwieriger geworden, Noten zu geben und Leistungen zu beurteilen.

«Vor allem bei den mündlichen Noten wird gefälscht»

Auch Beat Zemp, Präsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, berichtet, dass Eltern vereinzelt versuchten, Lehrer bei der Notengebung unter Druck zu setzen. «Vor allem bei der Bewertung der mündlichen Leistungen wird gefälscht.» Weil sich die Noten für das Mitmachen im Unterricht weniger klar mit Fakten begründen liessen, würden einige Eltern die Notengebung hinterfragen. «Besonders Lehrer, die eine Stelle frisch angetreten hätten, gäben bei massivem Druck manchmal nach.» Andere wollten sich solche Probleme gar nicht aufhalsen und verzichteten deshalb ganz auf mündliche Noten.

Laut den Lehrervertretern mischen sich oft sogenannte «Helikopter-Eltern», also überbehütende Eltern, ein. «Sie rufen permanent an, schicken E-Mails und geben durch, welche Noten ihr Kind braucht», sagt Lilo Lätzsch. Wie die Verbände sagen, wollen solche Eltern ihren Sprösslingen damit den Übertritt ins Gymnasium erleichtern oder sie für die Lehrstellensuche mit Bestnoten ausrüsten.

Behörden helfen Eltern

Warum knicken Lehrer ein? Laut den Lehrervertretern drohen einige Eltern mit Anwälten oder Konsequenzen, falls die Lehrer die Noten nicht anpassen. Manche Eltern hetzen den Lehrern sogar direkt die Behörden auf den Hals.

«Die Schulbehörden ergreifen dann allenfalls gleich Massnahmen», sagt Kathrin Scholl, stellvertretende Geschäftsführerin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands. Etwa müssten die Lehrer sämtliche Noten mit der Schulleitung absprechen. Da Schulpflegen gewählt werden müssten, seien sie weniger unabhängig, so Scholl. Laut Beat Zemp hat die mühsame Elternarbeit sogar auch schon zu Berufsausstiegen geführt.

«Das ist verfassungswidrig»

Für Schulrechtsexperte Peter Hofmann ist klar: «Nur weil Herr Müller oder Frau Meier Stunk machen, dürfen Lehrer dem Schüler noch lange keine Gefälligkeitsnoten verteilen.» Bewerteten Lehrer unter Druck anders, als es der tatsächlichen Leistung entspreche, würden sie die Bundesverfassung verletzen. Darin steht, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind.

Um das Problem zu bekämpfen, fordert Kathrin Scholl: «Die Schulleitungen und die Schulbehörden müssen die Lehrer in der Elternarbeit mehr unterstützen.» Laut Hofmann müssen die Schulen die Rollenklarheit zwischen Lehrern und Eltern wieder herstellen. «Für die Notengebung sind die Lehrpersonen allein verantwortlich, denn sie sind die Fachleute für das Lernen.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Kinder-von-Motz-Eltern-kriegen-bessere-Noten-30213884>

Tages-Anzeiger, 19. April 2016

Der schleichende Abbau von Französisch

Eine Carte Blanche von Patrick Hersiczky



Wie viel an Fremdsprachen kann Schülern zugemutet werden? Eine Französisch-Lektion in der Schule Bungertwies in Zürich. Foto: Keystone

Der Lehrplan 21 hat bis anhin nur mit seinen sogenannten Kompetenzen zu reden gegeben. Mit der aktuellen Vernehmlassung der Zürcher Bildungsdirektion geht es nun aber ans Eingemachte, nämlich die Lektionentafel der Schule. Wir diskutieren jetzt nicht mehr darüber, ob ein Schüler seine eigenen Gefühle wahrnehmen kann und wir Lehrpersonen dies auch noch benoten müssen, sondern wie viele Französisch- oder Englischlektionen wir dereinst unterrichten werden. **Französisch erfährt mit dem Lehrplan 21 auf der Oberstufe leider fast einen Kahlschlag:** Neu sollen nur noch drei Lektionen Französisch unterrichtet werden, und zwar von der 7. bis zur 9. Klasse. Bei bisher vier Wochenlektionen entspricht dies einer Reduktion von 25 Prozent.

Als Französischlehrer auf der Oberstufe kann ich dem nicht zustimmen. Immerhin wird das Frühfranzösisch auf der Primarstufe mit mehr Lektionen gestärkt. Diese Verschiebung der Anzahl Lektionen widerspricht aber etlichen Studien: Seit Einführung des Frühfranzösischen sind die Sprachkenntnisse der Schüler nicht besser geworden. In meinem Schulalltag stelle ich fest, dass für zwei Jahre Französischunterricht **wenig an sprachlicher Kompetenz vorhanden** ist. Ein Problem ist sicher, dass Französisch in der Primarschule nicht den Stellenwert von Mathematik oder Deutsch hat. Zudem werden die Primarschüler in den zwei Wochenlektionen Französisch nicht in Leistungsgruppen unterrichtet, wie das auf der Sekundarstufe der Fall ist. Und alle Primarlehrpersonen mögen mir bitte nun verzeihen: Selbst der renommierte Kinderpsychologe [Remo Largo hat seine Zweifel](#), dass sich mit ein paar Gedichten oder Liedern auf Französisch die Sprachkompetenz von Primarschülern verbessert.

Ich bin deshalb nicht überrascht, dass gewisse Kantone wie etwa der Thurgau das Französisch auf der Primarstufe wieder [abschaffen](#) möchten. Im Kanton Zürich ist eine [Initiative hängig](#), die ebenso die Fremdsprachen aus den Schulstuben der Fünft- und Sechstklässler verbannen will. Auch in anderen Kantonen wie etwa Graubünden oder Nidwalden gibt es politische Vorstösse gegen den frühen Fremdsprachenerwerb.

Gewiss, es gibt Primarschüler, die dank Fremdsprachenunterricht mehr können und profitiert haben. Dennoch wage ich die ketzerische These: **Bei vielen Kindern wird damit eher das Label der wohl meistgehassten Landessprache zementiert.** Kommt dazu, dass eine gewisse Abneigung gegenüber der welschen Sprache schon mit der Muttermilch aufgesogen wird. Ich kenne einige Eltern, die die schlechten Leistungen ihrer Kinder mit einem «Ich habe Franz in der Schule auch nicht gemocht» quittieren. Mit dem verfrühten Fremdsprachenlernen wird vor allem die Abneigung gegenüber dem Französischen vermittelt. Dies ist bestimmt nicht den Primarlehrpersonen anzulasten, sondern den euphorischen Bildungspolitikern, die glaubten: je früher, desto besser! Leider marschierte die Weiterbildung der Lehrpersonen in einem gemächlicheren Tempo

als die Politik, die in dieser Hinsicht für einmal nicht lethargisch war. Turbobildungspolitiker Ernst Buschor lässt grüssen.

An der Gymiprüfung ist Französisch aber immer noch die einzige Fremdsprache, die getestet wird. Ich befürchte, dass mit dem Lehrplan 21 **ein schleichender Abbau des Französischen** einhergeht. Irgendwann wird man diskutieren, ob es noch zeitgemäss sei, dass für den Eintritt in eine Mittelschule Englisch nicht wichtiger als Französisch sein könnte. Seit 2015 wird Französisch an der Aufnahmeprüfung sogar nur noch zu 20 Prozent gewichtet. Früher machte dieses Fach immerhin ein Drittel der Gymiprüfung aus.

Ein klares Indiz dafür, wie sehr sich der Stellenwert des Schulfranzösisch in den letzten Jahren verändert hat, sind die Studierenden der Pädagogischen Hochschule: Ich habe kaum noch Studierende in meinem Unterricht, die auf Französisch die Schönheiten von Paris (la ville d'amour) erklären. Dagegen sind die angehenden Lehrpersonen zahlreich, die mit ihren USA-Aufenthalten protzen. Ja, **über die Golden Gate Bridge von San Francisco zu erzählen, ist leider attraktiver, als über die Pont Neuf** oder eine andere Brücke in Paris, die unter der Last von Liebeschlössern bald in der Seine versinkt.

Französisch gehört klar auf die Oberstufe, auch wenn die Bildungspolitiker beim Lehrplan 21 wegen Einführung neuer Fächer wie Medien/Informatik oder Berufswahl die ganze Stundenplan-
tafel überarbeiten müssen. Doch warum gerade Französisch? Der Projektunterricht, den man erst kürzlich für das neu gestaltete 9. Schuljahr eingeführt hat, erfährt auch einen Kahlschlag um ein Drittel der Lektionen. In diesem zwar wichtigen Fach lernen Schüler selbstständig ein Projekt zu entwickeln. Es wird aber dermassen reduziert, dass man gleich über die Abschaffung diskutieren kann. Denn: **Das selbstständige Lernen ist leider nicht jedem Sekschüler in die Wiege gelegt** und verkommt bei gewissen Jugendlichen zum liebsten Fach, weil sie nicht nur selbstständig arbeiten, sondern vor allem chillen können.

Das ursprüngliche Ziel des Lehrplans 21 ist leider aus den Diskussionen verschwunden: die Harmonisierung der Schweizer Schule. Die vorgeschlagene Lektionentafel verursacht einen Qualitätsabbau einer Landessprache. Immerhin: Auch die bald fünfte Landessprache, die jenseits des grossen Teichs gesprochen wird, ist betroffen. Auch im Englisch wird es eine Lektionenreduktion auf der Oberstufe geben – zugunsten von Naturwissenschaften und Informatik. Bei der nächsten internationalen Studie zur Schulqualität **reden wir wahrscheinlich nicht mehr von einem Pisa-, sondern von einem Babylonschock.**



Patrick Hersiczky ist Sekundarlehrer im Kanton Zürich, äussert sich aber als Privatperson. Er ist Vater zweier Teenager und lebt in Baden.

<http://blog.tagesanzeiger.ch/politblog/index.php/65026/der-lehrplan-21-loest-einen-neuen/>

soaktuell, 19.4.2016

Lehrplan 21 hält nicht, was er verspricht

Leserbrief

Eigentlich wollte die Schweiz 2006 einfach die kantonalen Schulsysteme harmonisieren. Doch dann hat die Bürokratie der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ein Monstrum erschaffen, den Lehrplan 21. Noch 2011 erklärte die EDK: „Bund und Kantone verständigen sich auf wenige konkrete und überprüfbare Ziele.“ Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde drei Jahre gewerkelt. Am Ende des Prozesses steht nun ein fast 500 Seiten dickes Werk.

von René Steiner, Kantonsrat, Olten

Der Schulstoff wird in Tausend und mehr Fragmente zerstückelt. Das klingt dann etwa so: „Schülerinnen und Schüler können in kooperativen Situationen das eigene Schreibziel reflektieren und zur Schreibaufgabe in Bezug setzen, um den eigenen Schreibprozess zielgerichtet zu steuern.“ Alles klar?

Noch ein pikantes Detail: Niemand darf wissen, wie die EDK diesen Entscheid für den Lehrplan 21 gefällt hat. Das Protokoll dieser Sitzung ist unter Verschluss! Die EDK rückt es auch auf Nachfrage nicht heraus. Warum? Man kann nur mutmassen. Das ist staatspolitisch ein absolutes „no go“ Auf jeden Fall ist der Lehrplan 21 nicht das, was das Volk 2006 bestellt hat. Und es ist nicht das, was die EDK selbst noch 2011 in Aussicht gestellt hat.

Es ist Zeit, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten. Die Schulen brauchen nicht noch eine weitere Bürokraten Reform. Auch wenn sie unter dem Deckmantel der Harmonisierung daher kommt. Tatsache ist, dass nicht harmonisiert wird. Gerade in der Frage, ob man zuerst Englisch oder zuerst Französisch lernt, bringt der LP21 keine einheitliche Regelung. Es wird nicht harmonisiert, sehr wohl aber bürokratisiert und zentralisiert. Oder wie Anita Fetz (SP) es auf den Punkt gebracht hat: „Der Lehrplan 21 ist gescheitert.“

http://www.soaktuell.ch/index.php?page=/news/lehrplan-21-haelt-nicht-was-er-verspricht_27539

Schule Schweiz, 21. April 2016

Offene Diskussion und Nachdenken gefordert

Alain Pichard und Beat Kissling, die Herausgeber der lehrplankritischen Broschüre „Einspruch“ referierten in Chur über den Lehrplan 21. Ganz zu Beginn war auch Erziehungschef Martin Jäger da. Allerdings nur, um die Referenten zu begrüßen, danach begab er sich an eine Gesangsprobe.



Das Komitee "Gute Schule Graubünden" organisierte einen Vortragsabend, Bild: Gute Schule Graubünden

Offene Diskussion und Nachdenken gefordert, Urs Kalberer, 20.4.

In seinem Referat machte Alain Pichard klar, dass es für die angekündigte Reform im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 keine zwingenden Gründe gibt – Reformhektik im Hamsterrad. Der Bieler Lehrer gab zu bedenken, dass den vielen offenen Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan ausgewichen werde. Leere Behauptungen würden in den Raum gestellt, ohne diese wirklich auch belegen zu können. So sei auch von offizieller Seite unklar, ob es sich beim Lehrplan-Projekt um einen grundlegenden Paradigmenwechsel handle oder ob sich eigentlich gar nichts ändere. Als weiteres Beispiel für unbeantwortete Fragen nannte Pichard die Beurteilung. Hier sei nach wie vor unklar, ob und wie die überfachlichen Kompetenzen beurteilt werden.

Interessant der Hinweis auf die gängige Vernehmlassungs-Kultur. Lehrer werden offiziell eingeladen, vorne referiert ein gutgelaunter Erziehungsdirektor und dann wird langsam der Apéro aufgefahren. „Gibt es noch Fragen? Alles klar?“ Das wird uns dann als Meinung der Lehrerschaft verkauft!

Abgesehen davon, dass der Lehrplan eben gerade kein Harmonisierungsprojekt ist, erfahren die zahlreichen interessierten Zuhörer, dass das hohe Ja zum Bildungsartikel in der Bundesverfassung missbraucht wurde für Dinge, über die seinerzeit gar nicht abgestimmt wurde. Wirtschaftliches Steuerungsmodell? Outputorientierung? Kompetenzorientierung? Testbatterien? Deprofessionalisierung der Lehrer zu Coaches? Dies alles und noch mehr wird uns nun von einer ausser Rand und Band geratenen Bildungsbürokratie aufgetischt.

Beat Kissling machte aufmerksam auf die Argumentationstaktik der Befürworter. Man sage, die Kompetenzorientierung sei doch nichts Neues. Viele Lehrer würden sie schon heute praktizieren. Auch viele Lehrmittel seien schon auf den neuen Lehrplan abgestimmt. Deshalb brauche man dafür keine Legitimation, eine Mitsprache des Volkes sei deshalb nicht nötig. Doch, so wies Kissling nach, der Begriff „Kompetenz“ sei alles andere als klar umrissen. Bei uns wurde das Reizwort im Zusammenhang mit den PISA-Leistungstests im Jahr 2000 bekannt im Sinne von Performanz. Ironischerweise ist dies nicht dasselbe wie die Kompetenzorientierung, die im Lehrplan in unzähligen Kompetenzbeschreibungen eingefordert wird.

Der Wechsel von einer Input- zu einer Outputorientierung gehorcht wirtschaftlichen Grundsätzen. Es wird gemessen, evaluiert und beurteilt. Die Schüler werden eigentlich alleine gelassen. Besonders erhellend wirkten die Beispiele, die Kissling aus seiner Bekanntschaft zum besten gab. Kinder, die eigentlich lernen wollen, werden sich selbst überlassen. Dies gemäss der konstruktivistischen Lehre, die den Lehrer überflüssig machen will. Doch dies kann nicht der Weg einer erfolgreichen Schule sein. Die Erfahrungen, die man in den USA und in Deutschland machte, sollten für uns Schweizer eine Mahnung sein. Kissling sieht denn auch eine Schwächung der öffentlichen Schulen voraus. Die Volksschule als Produkt unseres demokratischen Staatsaufbaus ist in Gefahr.

Beide Referenten verstanden es, durch ihre sachliche Argumentation die Zuhörer zu begeistern. Sie bauten auf die Vernunft und das Urteilsvermögen des mündigen Staatsbürgers, der sich um seine Volksschule sorgt. Damit zeigten Pichard und Kissling einen Weg, wie der Bürger sich gegen die Bevormundung und Manipulation der Bildungseliten zur Wehr setzen kann. Denn nichts fürchten diese so sehr wie eine sachliche Auseinandersetzung. In diesem Sinn kann man dem Initiativkomitee nur wünschen, dass es ihnen gelingt, das entfachte Feuer am Leben zu behalten und gegenüber den zahlreichen Hindernissen den Mut nicht zu verlieren.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/04/offene-diskussion-und-nachdenken.html>

Mehr von Alain Pichard: <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/04/ahmed-gab-mir-immer-die-hand.html>

Prättigauer und Herrschäftler, 21. April 2016

Endlich eine öffentliche Diskussion über den Lehrplan 21

Leserbriefe

Von: Rico Calcagnini, Buchen

Die laufenden Schulreformen werden von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD vorangetrieben. Diese Wirtschaftsorganisation ist bestrebt, weltweit die öffentlichen Dienstleistungen wie z.B. das Gesundheitswesen, die Energie, die Post, die Bildung, usw. zu ökonomisieren. Ausgehend von diesem Hintergrund und in Kenntnis der vielen negativen Erfahrungen aus dem In- und Ausland mit Reformkonzepten wie der Lehrplan 21, setzen sich aufmerksame Bürgerinnen und Bürger für die Vermeidung eines zukünftigen Bildungsdesasters mit einer Doppelinitiative ein.

Gegen diese Schulreformen wächst in der ganzen Schweiz ein breiter Widerstand, unterstützt von namhaften Fachleuten. In dreizehn der 21 beteiligten Kantone sind ähnliche Initiativen bereits eingereicht oder in Vorbereitung. Die einmalige Schweizer Staatsform der direkten Demokratie erlaubt es, gegen fragwürdige Entscheidungen von Parlament und Behörden korrigierend einzuwirken, beispielsweise mit Initiativen, wie jene, die vom Komitee Gute Schule Graubünden am 11. April lanciert wurden. Den Befürwortern des Lehrplans 21 scheint das Verständnis für demokratische Rechte abhanden gekommen zu sein. Statt sich der fachlichen Kritik zu stellen, weichen sie mit Scheinargumenten aus.

Die Doppelinitiative ermöglicht die längst fällige öffentliche Debatte über den tiefgreifenden Systemwechsel, den der Lehrplan 21 mit sich bringen wird. In meinen Augen verdient das Anliegen der Initianten Respekt und sollte Politik und Bevölkerung aufhorchen lassen.

[http://www.vilan24.ch/Leserbriefe.151.0.html?&cHash=d19092a53b3c767004a7caf6ffbd15a9&tx_ttnews\[tt_news\]=11161](http://www.vilan24.ch/Leserbriefe.151.0.html?&cHash=d19092a53b3c767004a7caf6ffbd15a9&tx_ttnews[tt_news]=11161)

Basellandschaftliche Zeitung, 21.4.2016

Schulreformgegner starten Grossangriff gegen Lehrplan 21

Bei der Befragung von Baselbieter Lehrkräften wollten ca. 70 Prozent lieber weiter die Einzelfächer Biologie, Chemie, Physik (statt des Sammelfachs «Natur und Technik»), Geschichte und Geografie (statt «Räume, Zeiten Gesellschaft») sowie Wirtschaftskunde und Hauswirtschaft (statt «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt») unterrichten.

von Bojan Stula

Mit einer Materialschlacht werben die Schulreformgegner für die Annahme der drei kantonalen Bildungsvorlagen am 5. Juni. Auch bei vielen Lehrerinnen und Lehrern steht die Einführung von Sammelfächern und der kompetenzorientierte Lehrplan 21 in der Kritik.

Hochstimmung im Lager der «Starken Schule Baselland»: Am CVP-Parteitag vom Dienstag haben die Baselbieter Christdemokraten gegen den Willen von Parteivorstand und Landratsfraktion die Ja-Parole zur Beibehaltung von Einzelfächern gefasst. Zudem veröffentlichte am Mittwoch die Baselbieter Bildungsdirektion die [Ergebnisse einer breit angelegten Umfrage](#), in der sich grosse Mehrheiten der teilnehmenden Primar- und Sekundarschullehrer gegen die Einführung von Sammelfächern und den kompetenzorientierten Lehrplan 21 aussprechen.

Zwar betont Starke-Schule-Geschäftsführerin Saskia Olsson, dass es reiner Zufall sei, dass ausgerechnet am Tag nach der Publikation der Studienergebnisse die Schulreformgegner ihren Abstimmungskampf im Hinblick auf den 5. Juni eröffnen – was nicht einmal Vorkämpfer Jürg Wiedemann so richtig zu glauben scheint. Aber dass die in der Studie erhobene breite Skepsis der Lehrerschaft für die Starke Schule zum bestmöglichen Zeitpunkt kommt, muss nicht weiter betont werden.

Mit einer für kantonale Verhältnisse gewaltigen Materialschlacht steigt das Komitee in die heisse Phase: 1000 Plakate und 40'000 Flyer hat es drucken lassen, um die Baselbieter Stimmbevölkerung am 5. Juni zu «3 x Ja» zu den Bildungsvorlagen zu bewegen. Die Gelder stammen aus der von zahlreichen Schulreformskeptikern offensichtlich gut alimentierten Kriegskasse. Auf «50:50» stuft der Birsfelder Landrat und Sekundarlehrer Wiedemann die Erfolgsaussichten für die Ausbremsung von Sammelfächern und Lehrplan 21 ein.

Bei der Vorlage für den Erhalt der Kaufmännischen Vorbereitungsschule KVS rechnet er sogar mit einer klaren Annahme. KVS-Schulleiter Peter Engel teilt diesen Optimismus. Nicht nur deshalb, weil der Landrat die KVS-Abschaffung schon einmal verhindert hat, sondern auch, weil er seiner Schule eine fast 100-prozentige Erfolgsquote im Finden von Anschlusslösungen für schulisch Schwächere zugute hält. Das sei letztlich auf die hohe Akzeptanz der Schule bei den regionalen Ausbildungsbetrieben zurückzuführen.

Lehrer ungenügend ausgebildet

Doch die KVS-Vorlage «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» wird in diesem Abstimmungskampf bloss eine Nebenrolle spielen. Wirklich wegweisend für die künftige Bildungsdiskussion in der Region sind die anderen beiden Vorlagen für den «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» und die Änderung des Bildungsgesetzes bezüglich der Einführung des Lehrplans 21. Wobei Jürg Wiedemann gleich wieder auf das «vernichtende Urteil» der Baselbieter Lehrpersonen verweist, das aus der jüngsten Umfrage der Bildungsdirektion hervorgeht.

Im Schnitt 70 Prozent der befragten Lehrer wollen lieber weiter die Einzelfächer Biologie, Chemie, Physik (statt des Sammelfachs «Natur und Technik»), Geschichte und Geografie (statt «Räume, Zeiten Gesellschaft») sowie Wirtschaftskunde und Hauswirtschaft (statt «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt») unterrichten. 60 Prozent der befragten Sekundarlehrer lehnen den Lehrplan 21 ab. Durch diese Umfrageergebnisse sieht sich die Starke Schule in ihrem Credo bestätigt, dass

die Einführung von Sammelfächern zu einem Qualitätsabbau und einer Verteuerung im Unterricht führen würde, weil die hierfür benötigten Lehrkräfte zuerst aus- oder weitergebildet sowie teure spezifische Lehrmittel angeschafft werden müssen.

Vehement widerspricht Wiedemann dem Einwand, dass es ein schwaches Argument sei, sich so stark auf die Meinung der ohnehin reformmüden Lehrerschaft abzustützen. Vielmehr sei die Lehrerskepsis ernst zu nehmender Ausdruck der «extrem vielen gescheiterten Schulreformprojekte» der vergangenen Jahre, die stets ohne Pilotphase und entsprechende Studienbegleitung auf die Schnelle durchgedrückt worden seien. «Das ist es, was mich wirklich stört», sagt Wiedemann.

<http://www.bzbasel.ch/basel/baselbiet/schulreformgegner-starten-grossangriff-gegen-lehrplan-21-130217631>

Mehr dazu:

Tages-Anzeiger, 21.04.2016

Der grosse Kampf um die Schulreform ist lanciert

Die Kritik am Lehrplan 21 wächst. In Baselland kommt es nun zur ersten Volksabstimmung über die Reform. Andere Kantone werden folgen.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/der-grosse-kampf-umdieschulreform-ist-lanciert/story/27662928>

Schule Schweiz, 23. April 2016

Lehrplan 21: Indoktrination und Zwang zur Selbstreflexion

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/04/lehrplan-21-indoktrination-und-zwang.html#more>

Starke Schule Baselland

<http://starke-schule-baselland.ch/Home.aspx>

Basler Zeitung, 22.04.2016

Eure Meinung ist uns wichtig

von Allan Guggenbühl

Die Mitarbeiter einer Hochschule werden per Mail von der Leitung zu einem «Hearing» eingeladen. «Eure Meinung ist uns wichtig!», steht im Betreff. Es geht um eine interne Reorganisation und Lehrmittel. «Die Hochschulleitung freut sich auf eine lebhaftige Diskussion!» Zwei Wochen später: Die Aufgebotenen platzieren sich weit weg vom Podium. Stoisch lassen sie anschliessend eine Power-Point-Präsentation voller Ablaufschemen und Anglizismen über sich ergehen. Den Satz, «die Schulleitung hat beschlossen», hört man mehrmals. Es wird auf Vorgaben der Direktorenkonferenz, globale Standards und Studien hingewiesen, die «zwingend» eingehalten werden müssen. Endlich die Diskussion. Niemand meldet sich. Zwei Mitarbeiter mit Mikrofonen stehen tatenlos herum. Schliesslich erhebt eine Frau die Hand. «Kann ich dieses Hearing voll als Arbeitszeit abrechnen, auch wenn ich 40 Prozent arbeite?» Weitere Fragen gibt es nicht. Nach Abschluss des Hearings, als die Mitarbeiter unter sich sind, geht es los: Man sage nichts, bevor man nicht weiss, ob Vorschläge ernsthaft geprüft werden! Eine lausige Alibiübung eines Public-Relations-Profis! Die Leitung inszeniert wie oft «Mitarbeiterbeteiligung», ohne zuzuhören.

Neuerungen in Ausbildungsinstitutionen sind erfolgreich, wenn die Basis mitmacht. Vor allem wenn das Ausbildungsniveau der Mitarbeiter hoch ist, können Reformen nicht top-down implementiert werden. Sie müssen einleuchten. Informationskampagnen genügen nicht, sondern es braucht eine aktive Mitwirkung bei Kernentscheiden. Was in höheren Gremien ausgedacht wird, muss der Realität der Arbeitswelt angepasst werden.

Früher wurde die Schweiz durch kleine Ausbildungsinstitutionen geprägt. Dort konnte man sich an Dozententreffen oder informellen Zusammenkünften über Vorschläge der Bildungsdirektion oder mit Experten austauschen. Entscheidungsrahmen und Einflussmöglichkeiten waren klar. Die Chance war gross, dass Mitarbeiter ihren Chefs sagten, was sie denken. In grossen Ausbildungsinstitutionen mit einem komplexen Oberbau und vielen Kaderpositionen, wie wir es heute kennen, ist dies schwieriger. Die Verantwortlichen sind fern und werden vom Diskurs unter Ihregleichen absorbiert. Man will an Kongressen mit der eigenen Forschung brillieren oder wendet sich dem globalen Networking zu. Die Erfahrungen der Mitarbeiter rücken in den Hintergrund. Eine Einladung zu einem Kongress in Dortmund ist wichtiger als vertiefte Gespräche mit der Basis. Die Gefahr ist, dass diese sich als steuerbare Masse erlebt, der erklärt werden muss, was «fortschrittlich» ist. Man verlässt sich auf professionelle Kommunikationsstrategien statt Begegnungen. Es geht nicht um das Hineinhören in die Praxis, sondern die Durchsetzung aktueller Paradigmen oder Irrtümer der Forschungsgemeinschaft. Das Gefühl breitet sich aus, dass das New Public Management Mitbeteiligung vorgaukelt. In Wirklichkeit sind Grundsatzentscheidungen längst gefallen und man redet nur über Details. Geht es darum, der Basis Sand in die Augen zu streuen und sich eine Scheinlegitimation zu geben?

Diese Form des Kontaktes zu Mitarbeitern kennt man nicht nur aus China, sondern auch in Ländern mit einer obrigkeitlichen Tradition wie England und Frankreich. In den letzten beiden haben sich als Gegengewicht starke Gewerkschaften, Streikbereitschaft und Strategien verbreitet, wie man die «Oberen» austrickst. Muss es bei uns auch so weit kommen? Die schweizerische Demokratie lebt von einer Diskussionskultur jenseits der Hierarchien und Stände. Wirkliche Leader hören auf ihre Mitarbeiter und nehmen ihre Vorschläge auf.

Allan Guggenbühl ist Psychologin und Autorin des Buches «Vergessene Klugheit – Wie Normen uns am Denken hindern».

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=19>

Bildungs-Kompass, 22. April 2016

Newsletter

Die sich in uferloser Reformitis verlierende, zunehmend der Bürokratisierung ausgesetzte Schweizer Volksschule bedarf dringend einer Kurskorrektur. Die Volksschule soll mit, nicht gegen, das Volk ausgestaltet werden. Dafür setzt sich die neu gegründete Aktion "Bildungs-Kompass" ein - mit gezielten Aktionen und überlegten politischen Vorstössen.

Faktenblatt «Integrativer Unterricht»

Als «integrativ» gilt ein Unterricht, für den Schülerinnen und Schüler sämtlicher Begabungsstufen, aber auch «verhaltensauffällige» bzw. «verhaltensgestörte» sowie Ausländer-Kinder mit Sprachschwierigkeiten derselben Regelklasse zugeteilt werden. Klein- und Sonderklassen gibt es nicht mehr. Lesen Sie hier das vollständige Faktenblatt: [Faktenblatt – integrativer Unterricht](#)

Neu auf bildungs-kompass.ch: Umfangreicher Medienspiegel

Auf der Internet-Plattform der Aktion Bildungs-Kompass wurde der Umfang des Medienspiegels umfassend ausgebaut. Stets brandaktuell nachgeführt, dokumentiert der Medienspiegel Artikel, Leserbriefe und News rund um Themen der schweizerischen Volksschule. Sämtliche archivierten Berichte sind in kopierter Form auf bildungs-kompass.ch vorhanden, sodass die Informationen auch dann noch zugänglich sind, wenn die Medienhäuser ihre Artikel allenfalls löschen. Tauchen Sie ein in das grosse Bildungs-Kompass-Medienarchiv: [Medienspiegel 2015/2016 Aktion Bildungs-Kompass](#) Auch Neu: **Der Youtube-Kanal der Aktion Bildungs-Kompass** mit laufend nachgeführten, interessanten Videobeiträgen! Hier anschauen: [Bildungs-Kompass – Videoarchiv](#)

Leserbriefe und Texte erwünscht!

Sie haben Gedanken zur Volksschulpolitik, die Sie gerne mit anderen teilen möchten? Dann schicken Sie uns Ihre Leserbriefe und Stellungnahmen zu. Wir veröffentlichen Sie gerne auf www.bildungs-kompass.ch

Mitsprache bei Bildungsfragen: Neue Volksinitiativen im Kanton Graubünden

Das Komitee «Gute Schule Graubünden» hat am 11. April 2016 folgende zwei kantonale Volksinitiativen lanciert (Doppelinitiative): 1. Verfassungsinitiative «Gute Schule Graubünden – **Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen**» 2. Gesetzesinitiative «Gute Schule Graubünden – **Mitsprache bei Lehrplänen**» Mit der **Verfassungsinitiative** wird die demokratische Mitsprache der Bündner Bevölkerung in wichtigen Fragen der Bildung gestärkt. Die **Gesetzesinitiative** sorgt dafür, dass die Kinder auch in Zukunft in einem pädagogisch geführten Unterricht in einer Klassengemeinschaft gefördert werden. An alle Personen aus dem Kanton Graubünden: Laden Sie den Unterschriftenbogen herunter und unterstützen Sie die Unterschriftensammlung aktiv. Jede Unterschrift ist wichtig! >> **Hier können Sie den Unterschriftenbogen herunterladen: [Doppelinitiative Bildungsfragen Graubünden \(hier klicken\)](#)**

«Volksschüler im Gestrüpp der Bildungsbürokratie»: Bettina

In der Chronik «Volksschüler im Gestrüpp der Bildungsbürokratie» berichtet die Aktion Bildungs-Kompass über krasse Vorfälle aus der immer absurdere Blüten treibenden Bildungsbürokratie, die ausnahmslos tatsächlich geschehen sind. Die vorkommenden Personen – Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleiter usw. – sind dem Bildungs-Kompass bekannt, werden für diese Chronik aber mit von der Redaktion erfundenen Namen präsentiert. Bettina [*echter Name dem Bildungs-Kompass bekannt*] besucht eine Reformschule, in welcher – offiziell bewilligt und gefördert von der Zürcher Bildungsdirektion – modische Reformen gleichsam paketweise in einem über Jahre angelegten Schulversuch ausprobiert werden. In Bettinas Klassenzimmer stehen eine ganze Serie von Schulreformen, die den Reformfunktionären wichtig sind, gleichzeitig im Versuch... In der Rubrik «Chronik» auf bildungs-kompass.ch lesen Sie alles zum «Fall Bettina»: [«Volksschüler im Gestrüpp der Bildungsbürokratie: Fall Bettina»](#)

Sie kennen einen ähnlichen Fall? Dann melden Sie sich bei uns! Wenn auch Ihnen, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, das Schicksal einer Schülerin oder eines Schülers bekannt ist, die ins Gestrüpp kaum mehr durchdringbarer Bildungsbürokratie geraten sind, und wenn Sie glauben, dass deren Erleben der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollte, dann setzen Sie sich doch bitte mit dem Bildungs-

Kompass in Verbindung. Wir prüfen dann die Veröffentlichung Ihrer Geschichte im Rahmen der Chronik «Volksschüler im Gestrüpp der Bildungsbürokratie». Tel.: 052 301 31 00, E-Mail: info@bildungs-kompass.ch

Polit-Agitation an Zürcher Mittelschulen: Bildungsdirektorin Silvia Steiner antwortet der Aktion Bildungs-Kompass

Am 8. Februar 2016 schrieb die Aktion Bildungs-Kompass [einen Brief an Dr. Silvia Steiner](#), Regierungsrätin und Bildungsdirektorin des Kantons Zürich. Wir wiesen in diesem Brief auf uns bekannte Fälle massiver politisch motivierter Beeinflussung seitens mehrerer Rektoren und Lehrern gegenüber ihren Schülern hin und erbaten, umgehend Massnahmen zu ergreifen. Unter anderem bewarben die Staatsangestellten ein mit politischen Forderungen gespicktes «Zürcher Manifest für die Bildung», liessen an einer Schule politische Werbeplakate aufhängen und führten im Sportunterricht «Flashmobs» durch. Mittlerweile hat uns Regierungsrätin Steiner geantwortet. Wir zitieren: «Die von Ihnen beschriebenen Einzelaktionen (...) waren mir nicht bekannt. Hingegen hatte ich von den von Ihnen erwähnten Rundschreiben verschiedener kantonaler Mittelschulen Kenntnis.» >> Lesen Sie den vollständigen Beitrag: [Bildungsdirektorin Silvia Steiner antwortet der Aktion Bildungs-Kompass](#)

Lehrplan 21 vors Volk – Überblick über die Volksinitiativen

Auf www.bildungs-kompass.ch finden Sie stets die aktuellste Übersicht über den Stand der Volksinitiativen in den Kantonen. Die Liste wird laufend aktualisiert. Sollten Sie Ergänzungen zu unseren Angaben haben, können Sie uns gerne kontaktieren: info@bildungs-kompass.ch oder Telefon 052 301 31 00.

Helpen Sie uns, den heute in Richtung "Bürokratisierung" gestellten Bildungs-Kompass neu auszurichten: Auf eine von Klassenlehrern unterrichtete, leistungsorientierte Volksschule. [Werden Sie Mitglied](#) der überparteilichen Aktion "Bildungs-Kompass". Wir jammern nicht - wir handeln! Sie haben Gedanken zur Volksschulpolitik? Dann schicken Sie uns Ihre Leserbriefe und Stellungnahmen zu. Wir veröffentlichen Sie gerne auf www.bildungs-kompass.ch

Schule Schweiz, 21. April 2016

Überfüllte Lektionentafeln

Schafft ein möglichst lückenloses Bildungsprogramm eine starke Volksschule? Dies könnte man fast vermuten, wenn man einen Blick auf die überfüllten Lektionentafeln des in die Vernehmlassung geschickten Zürcher Lehrplans 21 wirft. Getragen von der Vorstellung, dass eine detaillierte Planung mit nicht weniger als 2700 Teilzielen den Erfolg schon fast garantiere, wird die Volksschule ganz gehörig unter einen Erwartungsdruck gestellt. Da werden 36 Wochenlektionen im achten Schuljahr festgelegt, obwohl man längst weiss, dass kaum ein Schüler ohne Leistungseinbussen dieses Wochenprogramm schafft.

Überfüllte Lektionentafeln aufgrund eines hohen Erwartungsdrucks, Hanspeter Amstutz, 21.4.

Mehr Lektionen auf Kosten des Halbklassenunterrichts?

Nachhaltige Bildung zeichnet sich durch Konzentration auf Wesentliches und durch eine vernünftige Zahl an überprüfbaren Kompetenzziele aus. Lehrpersonen haben einen verbindlichen Grundauftrag zu erfüllen. Dieser darf nicht durch engmaschige Vorgaben und einem Zuviel an Unterrichtszielen bestimmt werden. Doch die Zürcher Volksschule soll nun offensichtlich das sehr umfangreiche Programm des Deutschschweizer Lehrplans 21 ungekürzt übernehmen. Das ist keine gute Voraussetzung für mehr Unterrichtsqualität, da durch planerische Hektik und fehlender Raum für das eminent wichtige Vertiefen von Lernprozessen die Gestaltungsfreiheit der Lehrpersonen stark eingeschränkt wird.

Es ist eine Illusion zu glauben, der Druck eines randvollen Bildungsprogramms könne durch Aufstockung der Lektionentafeln einfach aufgefangen werden. Kommt dann noch die Kostenneutralität dazu, geht dies unweigerlich mit einer Verschlechterung der schulischen Rahmenbedingungen einher. Statt mehr Halbklassenunterricht anzubieten, werden diese abgebaut, weil das Geld für die Mehrlektionen verwendet werden muss.

Lückenloses Bildungsangebot als Garant für mehr Schulqualität?

Am deutlichsten zeigt sich bei der Lektionentafel der Mittelstufe, dass man mit einem auf dem Papier sehr vielfältigen Bildungsprogramm möglichst allen Wünschen gerecht werden möchte. Früh zwei Fremdsprachen lernen, Sicherheit im Deutsch gewinnen, kindgerechtes Kennenlernen der Naturwissenschaften, systematische Einführung von Informatik und Medienkunde und Beibehaltung aller musischen Fächer, das ist doch unbestritten ein tolles Programm! Doch dieser Tanz auf mehreren Hochzeiten geht nicht mehr auf. Mit 31 Wochenlektionen ist das Fuder eindeutig überladen, obwohl durch den Abbau von Handarbeitsstunden ein für das Selbstvertrauen vieler Kinder wichtiger Fachbereich gekürzt wurde.

Entlastung der Mittelstufe durch Konzentration auf eine Fremdsprache

Für die Mittelstufe liegt eine praktikable Lösung auf der Hand, um pädagogische Hektik abzubauen: Konzentration auf nur eine Fremdsprache. Damit würde der Zersplitterung der Zielsetzungen ein Riegel geschoben. Doch statt die gescheiterte Übung abubrechen, wird die Sprachen- und Kopflastigkeit der Mittelstufe noch verstärkt. Am frühen Lernen zweier Fremdsprachenlernen wird krampfhaft festgehalten, obschon die bescheidenen Resultate in keinem vernünftigen Verhältnis zum teuren Ausbildungsaufwand der Lehrpersonen stehen.

Der neue Zürcher Lehrplan 21 böte eigentlich die Chance, die Qualität der Bildung zu stärken. Doch wer verschlechterte Rahmenbedingungen für den Unterricht in Kauf nimmt, am falschen Ort die Mittel einsetzt und mit einem Zuviel an Versprechungen pädagogisch fragwürdig vorgeht, vermag nicht zu überzeugen.

Ein Lehrplan mit zu vielen offenen Fragen

Die meisten Lehrplanverantwortlichen versuchen nun, den Stellenwert des neuen Lehrplans zu relativieren, indem sie betonen, dass in erster Linie die Lehrmittel und nicht der Lehrplan den Schulalltag prägen. Ausgeblendet wird dabei eine Reihe ungelöster Fragen wie beispielsweise die Steuerung der Bildung durch ein ausgeklügeltes Monitoring oder die Gestaltung der komplexen Zeugnisse aufgrund des wenig übersichtlichen Lehrplanaufbaus. Die Einstellung, dass die Suppe nicht so heiss gegessen werde, wie sie gekocht wurde, drückt nicht gerade Aufbruchstimmung für ein Bildungsprogramm aus, das als Jahrhundertwerk angekündigt wurde.

Zum Glück besteht jetzt die Chance, dass mit dem Start der Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21 endlich eine vertiefte Grundsatzdiskussion über eine kindgerechte Pädagogik, die diesen Namen auch verdient, stattfinden kann.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/04/uberfullte-lektionentafeln.html>

Mehr zu Zürich

Der Landbote, 22.4.2016

Wenn sie zahlen, wollen sie befehlen

Wenn das Sparpaket des Regierungsrats durchkommen sollte und die Gemeinden die Schulleiter vollumfänglich zahlen und anstellen sollen, dann wollen sie auch über die Anstellungsbedingungen entscheiden.

<http://www.landbote.ch/region/wenn-sie-zahlen-wollen-sie-befehlen/story/12380237>

NZZ, 23.4.2016

Schwer verdaulicher Zürcher Lehrplan

Es ist angerichtet! Zumindest vorläufig. Am vergangenen Freitag tischte uns Bildungsdirektorin Silvia Steiner den Entwurf des Lehrplans 21 auf, zugeschnitten auf die Verhältnisse an der Zürcher Volksschule (NZZ 16. 4. 16). Viele Köche haben an seiner Entstehung mitgewirkt. Herausgekommen ist aber ein nur schwer bekömmliches Gericht, von dem manch ein Brocken in dieser Form wohl in manchen Hälsen stecken bleibt. Am Esstisch der Bildung sitzt eine vielfältige Runde: Politikerinnen, Pädagogen, Steuerzahlende mit und ohne Kinder - und schliesslich die Schülerinnen und Schüler, die auch in der Vernehmlassungsphase nicht um ihre Meinung gefragt werden. Umso sorgfältiger und kindergerechter müssten die Verantwortlichen die Teller anrichten und portionieren. Mit Vernunft und Augenmass. Die Köche haben jedoch versagt. Der Lehrplan 21 ist alles andere als appetitanregend; ja er kommt für viele Betroffene gar unverdaulich daher. Etwa mit weniger Handarbeitslektionen und noch mehr kopflastigen Fächern. Dieser Lehrplan schmeckt uns nicht.

Es ist zu hoffen, dass das vorläufig aufgetragene Mahl nochmals in die Küche zurückgetragen wird. Wir sind es unseren Kindern schuldig. Doch zu bezweifeln ist, dass das Menu in der Vernehmlassung noch wesentlich an Geschmack und Verdaulichkeit gewinnt. Und es steht zu befürchten, dass es uns danach in letzter Instanz vom Bildungsrat erneut in ähnlich unbekömmlicher Form und unwiderruflich serviert wird. Über dieses Menu sollten daher die Stimmbürger des Kantons Zürich zu Gericht sitzen dürfen. Die entsprechende Initiative «Lehrplan vors Volk» ist zustande gekommen. Zum Glück!

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Der Bericht von Walter Bernet über die Präsentation des in die Vernehmlassung gehenden Zürcher Lehrplans 21 gibt leider die berechtigten Argumente der Gegner nicht wieder. Es kann keine Rede davon sein, dass sich die Gegner des Lehrplans 21 eine Schule wie zu Gotthelfs Zeiten wünschen, wie Bildungsdirektorin Silvia Steiner suggeriert, sondern diese stören sich an wesentlichen Punkten wie der hohen Anzahl der Kompetenzen und daran, dass die Lehrerpersönlichkeit als Bezugsperson der Kinder zum Lernbegleiter mutieren soll. So werden die Kinder sich selber überlassen. Dagegen spricht Hatties umfassende internationale Studie, wonach die Lehrerpersönlichkeit den Schulerfolg erheblich beeinflusst.

Es ist die auf nationaler Ebene nicht legitimierte OECD, welche die Weisungen der USA ausformuliert und über die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) (eine ebenfalls nicht vom Volk gewählte Behörde) weitergibt, welche dann «sanften» Druck auf Schulpräsidien, Schulleitung und Verbände der Lehrerschaft ausübt. Da ist es angebracht, dass das Volk mitredet, wie es die zustande gekommene Initiative fordert. So müssen dringendst die Medien die Eltern dort aufklären, wo diese fälschlicherweise Ungenügen bei sich und ihren Kindern suchen: Die bildungsnahen Eltern büffeln mit den Kindern selber oder schicken sie in den Nachhilfeunterricht, um den Stoff nachzuholen, welchen die sich selbst überlassenen Kinder mit den schon nach den Methoden des Lehrplans 21 gedruckten und eingesetzten Lehrmitteln nicht verstanden haben. Apropos angestrebter Kostenneutralität: Die Verdoppelung der öffentlichen Bildungsausgaben der Schweiz seit 1990 hat sich mehrheitlich nicht auf den Lernerfolg der Schüler und Schülerinnen ausgewirkt.

Maria Spillmann, Uitikon-Waldegg

<http://epaper.nzz.ch/nzz.asp?ticket=ST-258654-p3nGdGyoZ6KaeTWdbt1f-nzzosc>

Tagblatt, 20. April 2016

LESERBRIEF

Keine Schule von Bürokraten

«Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt» Ausgabe vom 15. April 2016

Im Artikel [«Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt»](#) wird der Standpunkt der Regierung wiedergegeben, der leider nach wie vor nicht den Tatsachen und den Zielen einer starken St. Galler Volksschule entspricht. Eine (knappe) Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stimmte 2008 sinnvollerweise für eine moderate Annäherung der kantonalen Schulsysteme, soweit es heutzutage aus Mobilitätsgründen wünschbar wäre.

Im HarmoS-Konkordat sind nur 10 von 21 Deutschschweizer Kantonen. Die Mehrheit der Kantone ist nicht gezwungen die längst sichtbar schädlichen Vorgaben von HarmoS und bald auch vom Lehrplan 21 zu erfüllen. Sie können von Fall zu Fall frei entscheiden, was sie für richtig erachten, wie z. B. im Thurgau oder in Appenzell Innerrhoden die Fremdsprachen-Frage eigenständig und vernünftig gelöst wurde.

Bundesrat Berset hat weder in der Bundesverfassung noch im eidgenössischen Sprachengesetz eine Handhabe zentralistisch einzugreifen. Die Bundesverfassung hält fest: «Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig» (BV Art. 62,1). Diesen bewährten Föderalismus in der Bildung und Erziehung als «Kantönlicheist» abzutun ist billige Stimmungsmache.

Der Verein Starke Volksschule St. Gallen hat nicht, wie im Bericht erwähnt, eine Einzelinitiative, sondern eine von rund 7000 stimmberechtigten St. Gallerinnen und St. Gallern unterzeichnete Initiative eingereicht.

Starke Volksschule St. Gallen wehrt sich gegen die von aussen erzwungenen Experimente an unseren Kindern – wie zum Beispiel altersdurchmischtes, selbstgesteuertes Lernen; gegen den Leistungsabbau in den Grundlagenfächern Lesen, Rechnen, Schreiben. Der Verein steht aber ein für Elternrechte, unser bürgernahes Schulwesen, einen guten, wenn möglich in Jahrgangsklassen geführten Unterricht mit Jahrgangsziele, Methodenfreiheit und brauchbares Schulmaterial. Siehe: www.starkevolksschulesg.ch.

Unsere Schulen sind im Allgemeinen noch resistent gegen die Auflösungserscheinungen Richtung Lehrplan 21. Wir wollen aber auch in Zukunft nicht eine Schule von Bürokraten und von Testagenturen, sondern eine bürgernahe Volksschule für unsere Kinder. Deshalb braucht es ein «Ja zum Ausstieg aus dem gescheiterten HarmoS-Konkordat».

Heinz Herzog Medienverantwortlicher Starke Volksschule St. Gallen

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/werdenberg/wo-lo/Keine-Schule-von-Buerokraten;art395293,4595757>

Starke Volksschule St. Gallen 19.4.2016

Medienmitteilung

Die vorberatende Kommission des Kantonsrates hat sich am 19. April mit der Volksinitiative "Ja zum Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat" befasst und sie, wie zu erwarten war, zur Ablehnung empfohlen.

Es besteht jedoch kein Grund, weiterhin im HarmoS-Konkordat zu verbleiben. Die in der Bundesverfassung Art. 62 vorgesehene Harmonisierung der vier Eckwerte des Schulwesens (Alter Schuleintritt, Schulpflicht, Dauer der Bildungsstufen und gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse) ist inzwischen von allen Kantonen umgesetzt worden, auch von denjenigen, die dem Konkordat nicht beigetreten sind. Eine weitere Harmonisierung ist weder von der BV vorgeschrieben noch vom Stimmvolk gutgeheissen worden. Als die St. Galler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 2008 dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat zustimmten, wurde niemandem gesagt, dass von der Erziehungsdirektorenkonferenz weitergehende Eingriffe ins kantonale Schulrecht, wie die Einführung des umstrittenen und problematischen Lehrplans 21 geplant wurden.

Das HarmoS-Konkordat schreibt zwei Fremdsprachen in der Primarschule zwingend vor. Mittlerweile ist in den meisten Kantonen die Erfahrung gemacht worden, dass dieses Sprachenkonzept sehr problematisch ist. Es wurde 1998 von der EDK überstürzt eingeführt ohne hinreichende Prüfung und trotz negativer Stellungnahme der Lehrer. In unseren Nachbarkantonen werden pädagogisch sinnvollere Lösungen gesucht, die bereits zur Anwendung kommen. St. Gallen ist mittlerweile als einziger Kanton der Ostschweiz noch im HarmoS-Konkordat. Erst nach einem HarmoS-Ausstieg kann auch St. Gallen eine bessere Sprachenregelung entwickeln und sich mit seinen Nachbarkantonen regional koordinieren.

Das Argument der Regierung gegen einen Austritt aus dem HarmoS-Konkordat lautet, man würde damit den Bund provozieren, Zwangsmassnahmen zu ergreifen. Dies ist jedoch einfach absurd. Ein Austritt ist sehr wohl möglich. In der Folge kann auch St. Gallen ein nachhaltiges Fremdsprachenkonzept entwickeln. Es ist weder im Sprachengesetz noch in der BV festgelegt, in welchem Schuljahr welche Fremdsprachen gelehrt werden. Festgelegt ist ausschliesslich, dass eine zweite Landessprache und eine weitere Fremdsprache bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit erlernt werden.

Wenn Regierungsrat Kölliker sagt, bei einem Austritt aus den Zwängen von HarmoS würde der Bund Zwangsmassnahmen ergreifen, so ist das rechtlich völlig falsch, denn der Bund kann die Kantone nur zwingen, die vier Eckwerte zu erfüllen (Art. 48a Abs. 1 Bst. b Bundesverfassung), was wie gesagt alle Kantone schon getan haben. Die kantonale Schulhoheit besteht nach wie vor und wird nie abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass die Regierung des Kantons St. Gallen in voreuseilendem Gehorsam den eidgenössischen Schulvogt noch selbst bestellt.

Ein Austritt aus dem HarmoS-Konkordat ist der erste Schritt zu einer besseren Volksschule St. Gallen für unsere Kinder und zur tatsächlichen Koordination in der Ostschweiz. St. Gallen verdient eine bessere Schule als die des Lehrplans 21.

Heinz Herzog Medienverantwortlicher Starke Volksschule St. Gallen

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Medienmitteilung-19.4.2016.pdf>

Tagblatt, 23. April 2016

Und bekämpft wird der Lehrplan

Der Kanton St. Gallen soll aus dem HarmoS-Konkordat aussteigen. Das fordert eine Initiative. Doch eigentlich geht es den Initianten um etwas anderes. Die HarmoS-Frage beschäftigt kommende Woche das Kantonsparlament.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Das HarmoS-Konkordat ist ein «Zwangskonkordat» und erst noch ein gescheiteres. Davon ist der Verein «Starke Volksschule» überzeugt. Er hat ihm deshalb den Kampf angesagt – nicht nur verbal. 7000 Unterschriften hat der Verein für seine Initiative, die einen Austritt St. Gallens aus dem Konkordat zur Harmonisierung der Volksschule fordert, zusammengetragen. Damit ist klar: Es kommt zu einer Volksabstimmung. Verbleiben oder austreten – die Stimmberechtigten werden voraussichtlich im September dazu an die Urne gerufen.

Kein Gegenvorschlag

Bereits kommende Woche beschäftigt sich das Kantonsparlament mit der HarmoS-Frage. Eini- ges deutet darauf hin, dass die grosse Debatte ausbleiben wird und das Gremium der Regierung folgt; diese hatte schon im November klar gemacht, dass sie – kaum überraschend – nichts vom Ansinnen der Initianten hält und auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet.

Anders als die Initianten ist die Regierung nicht der Meinung, das HarmoS-Konkordat sei ge- scheitert. Sie untermauert dies mit Zahlen: 15 Kantone gehören heute dem Konkordat an, als ein- ziger Ostschweizer Kanton St. Gallen. Das St. Galler Stimmvolk hatte dem Beitritt 2008 zuge- stimmt, der Ja-Stimmen-Anteil betrug 52,8 Prozent.

Gegen zwei Fremdsprachen

Die Initianten halten entgegen: Damals habe niemand davon gesprochen, dass «weitere, tiefgrei- fende Eingriffe ins kantonale Schulrecht» geplant seien – wie etwa die Einführung des «umstrit- tenen und problematischen Lehrplans 21».

Hinter dem Widerstand gegen HarmoS steht letztlich die Ablehnung des neuen Lehrplans. Der Verein «Starke Volksschule» wehrt sich vehement gegen dessen Einführung – und gegen zwei Fremdsprachen auf Primarstufe. Heute wird im Kanton St. Gallen ab der dritten Klasse Englisch und ab der fünften Klasse zusätzlich Französisch unterrichtet.

«Das ist einfach absurd»

Die HarmoS-Kritiker kämen mit ihrem Ansinnen ihrem eigentlichen Ziel nicht näher, hält die Regierung fest. Denn selbst bei einer Annahme der Initiative wäre es nicht erlaubt, in der Primar- schule nur noch eine Fremdsprache zu unterrichten. Das verstosse gegen die Bundesverfassung. Die Regierung beruft sich auf das Verwaltungsgericht.

«Das ist einfach absurd und rechtlich völlig falsch», widerspricht der Verein «Starke Volks- schule». Es sei mitnichten so, dass der Bund bei einem HarmoS-Austritt St. Gallens Zwangsmas- snahmen gegen den Kanton ergreifen könne. Denn es sei lediglich vorgeschrieben, dass «bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit eine zweite Landessprache und eine weitere Fremdsprache»

erlernt werden müssten. «Es kann nicht sein, dass die Regierung in vorseilendem Gehorsam den eidgenössischen Schulvogt gleich selbst bestellt», ärgert sich der Verein.

Ein Blick in den Thurgau zeigt: So ganz abwegig ist ein Eingreifen Berns nicht. Der neue Thurgauer Lehrplan – er wurde dieser Tage in die Vernehmlassung geschickt – sieht vor, dass Kinder künftig nicht mehr in der Primarschule, sondern erst in der Oberstufe Französisch lernen. Bundesrat Alain Berset hielt seinen Unmut darüber nicht zurück. Mit dem Ende des Französischunterrichts in der Primarschule werde eine rote Linie überschritten, die eine Intervention des Bundes nötig mache.

Französisch-Massnahmen

Die vorberatende Kommission geht mit der Regierung einig und lehnt die Initiative ebenfalls ab. Umso mehr, als Regierung und Erziehungsrat den «Optimierungsbedarf» beim Fach Französisch erkannt hätten. Auf das Schuljahr 2017/18 sollen ein neues Lehrmittel und mehr Halbklassenunterricht eingeführt und in die Weiterbildung der Lehrpersonen investiert werden.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Und-bekaempft-wird-der-Lehrplan;art122380,4599187>

facebook, 17. April 2016

Making friends outside of Facebook

Freunde machen ausserhalb von Facebook



Ich versuche grad Freunde zu finden ausserhalb von Facebook, wo ich die gleichen Prinzipien anwende.

Dafür spaziere ich jeden Tag die Strasse hinunter und erzähle den Leuten, die ich treffe, was ich gegessen habe, wie es mir grad geht, was ich die Nacht vorher gemacht habe und was ich später mit wem machen werde.

Ich gebe diesen Leuten Bilder von meiner Familie, meinem Hund und von mir beim Gärtnern, beim Dinge Auseinandernehmen in der Garage, beim Rasenspritzen, beim Posieren auf einem Aussichtspunkt, beim Herumfahren, beim Mittagessen und bei Tätigkeiten, die jeder andere jeden Tag auch macht.

Ich lausche auch ihren Unterhaltungen und sage ihnen, dass es mir gefällt und dass ich sie liebe.

Und es klappt wirklich wie im Facebook! Ich habe schon vier Leute, die mir folgen: zwei Polizisten, einen Privatdetektiv und einen Psychiater.

- [306 Ansichten](#)
- [6 Gefällt mir](#)
- [2 Kommentare](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf Twitter teilen](#)